



Zeichnung: Martin Jahn

derung nimmt trotz der Tatsache zu, daß die US-Administration einen frontalen Angriff auf die Lebensbedingungen der werktätigen Massen führt. Dadurch wird die Lage im Innern des Landes noch zusätzlich verschlechtert.

In den USA wie in den anderen kapitalistischen Ländern bekommen immer neue Millionen von Werktätigen die bereits von Karl Marx aufgedeckten Gebrechen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unmittelbar zu spüren.

Massenarbeitslosigkeit, brachliegende Produktionskapazitäten, Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklung, Strukturkrisen wichtiger Industriezweige, Inflation, Währungskrise und andere tiefgreifende Probleme sind Hintergrund und auslösende Momente für die Eskalation der Attacken gegen den Sozialismus und die internationale Zusammenarbeit. Der seit Beginn der 80er Jahre die Politik in Washington bestimmende Flügel der USA-Monopolbourgeoisie versucht sich der Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zuungunsten des Imperialismus mit allen Mitteln - und dazu zählt auch der Wirtschaftskrieg - zu widersetzen. Beim Wirtschaftskrieg handelt es sich eindeutig um eine besondere Variante der aggressiven Politik, um eine betont reaktionäre Weise, mit der der Imperialismus auf seine verschlech-

terte politische und ökonomische Grundsituation reagiert. Entgegen den Realitäten der heutigen Zeit soll der Welt die totale Hegemonie des USA-Imperialismus aufgezwungen werden. So greift man zu politischer, militärischer und ökonomischer Konfrontation.

Dabei wird auch ohne Rücksicht auf Partner in westlichen Ländern vorgegangen. Für die USA gilt die alte kapitalistische Devise: Wo kein anderer als Konkurrent auftritt, dort kann man selbst am besten Profit machen.

Diese Haltung verschärft natürlich die Widersprüche und Spannungen zwischen den imperialistischen Hauptmächten und führt zur verstärkten Behauptung nationaler Eigeninteressen auch bei NATO-Partnern selbst. Bezeichnend dafür ist die von Griechenland und jüngst erst von Dänemark ausgesprochene Ablehnung der von den USA diktierten Boykottpolitik gegenüber der UdSSR.

Aber trotz dieser Zurechtweisung und auch trotz des Fiaskos, das die USA mit ihrem Embargo gegen das Erdgasröhrengeschäft zwischen der UdSSR und westeuropäischen Ländern erlitten, trotz aller Fehlschläge überhaupt, die sie bei den Störversuchen gegen die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen hinnehmen mußten - die Regierung der USA im Bündnis mit reaktionären NATO-Krei-

sen setzen dennoch weiterhin auf eine Verschärfung des Wirtschaftskrieges.

Wie nun aber zeigt sich das besonders in der Gegenwart?

Die USA entwickeln zum Beispiel große diplomatische Aktivitäten in Vorbereitung des diesjährigen imperialistischen Wirtschaftsgipfeltreffens, das für Ende Mai in Williamsburg vorgesehen ist. Nach den Vorstellungen und Wünschen der USA sollen dort alle imperialistischen Hauptländer in einer formellen Übereinkunft auf eine neue verschärfte Handelspolitik gegen die sozialistischen Länder festgelegt werden.

Gegenwärtig werden deshalb auch unter Federführung der USA Studien über „strategisch wichtige Bereiche“ des Warenaustausches mit RGW-Ländern ausgearbeitet. Das Anliegen besteht in der Erweiterung der berüchtigten Embargolisten, in Empfehlungen zur Verhinderung einer künftigen Ost-West-Zusammenarbeit im Energiebereich, in der „Kontrolle des Stromes von Geldern und Informationen“ nach dem Osten und ähnlichem mehr. Der USA-Senator W. Roth schlug im Januar 1983 die Bildung eines Ministeriums vor, das unter anderem „Kampfabnahmen“ für den Wirtschaftskrieg gegen die sozialistischen Staaten erarbeiten soll. In eine ähnliche Richtung läuft die von führenden USA-Banken initiierte Gründung eines „Institute of International Finance“, das unter anderem die strengere Überwachung der Kreditbeziehungen mit RGW-Ländern zur Aufgabe hat.

Kürzlich erließ USA-Präsident Reagan eine geheime Verfügung mit dem Ziel, durch die Anwendung ökonomischen Drucks die Sowjetunion zur Aufgabe außenpolitischer Positionen zu veranlassen. Das Dokument mit der Bezeichnung Direktive 75 sieht weitreichende handelspolitische Maßnahmen gegen die Sowjetunion vor.

Für die RGW-Länder ist es not-